



China

Unruhen in Xinjiang

Am frühen Abend des 5. Juli kam es zu massiven Unruhen in Urumuqi, der Provinzhauptstadt des Autonomen Gebiets Xinjiang. Im Verlauf der mehrstündigen Ausschreitungen zwischen Uiguren (einer turkstämmigen muslimischen Minderheit) und Han-Chinesen gab es ca. 1.700 Verletzte und 197 Tote.

Die Vorfälle des 5. Juli

Erste Nachrichten über die Ausschreitungen verbreiteten sich am Sonntagabend über das Internet, in der chinesischen Presse wurde erst mehr als 12 Stunden später offiziell darüber berichtet. Details über den Auslöser und Verlauf der Gewalttätigkeiten sind nur schwer zu verifizieren. Als gesichert betrachtet werden kann, dass zwischen 18.00 und 19.00 Uhr auf dem zentralen Platz des Volkes zwischen einigen hundert bis über tausend Personen demonstrierten, um gegen die unzureichende Untersuchung von Übergriffen gegen Uiguren in einer Spielzeugfabrik in Südchina (Shaoguan, Guangdong) zu protestieren. Die Situation eskalierte vermutlich, als Sicherheitskräfte versuchten, die Proteste aufzulösen. Immer mehr Uiguren schlossen sich Gruppen gewaltbereiter Demonstranten an, bis dann mindestens 1.000 Personen in Wohngebiete eindringen, gezielt Han-Chinesen angriffen und deren Geschäfte und Wohnhäuser zerstörten. Ganze Straßenzüge wurden verwüstet, Polizeifahrzeuge und öffentliche Verkehrsmittel angezündet. Erst fünf bis sechs Stunden später gelang es den Sicherheitskräften, die Gewalttätigkeiten einzudämmen. In den darauf folgenden Tagen kam es zu Vergeltungsmaßnahmen von han-chinesischer Seite, über deren Umfang allerdings nur wenig bekannt ist. Die Lokalregierung verhängte bis zum 8. Juli strikte Ausgangssperren und Verkehrsbeschränkungen. Das Internet wurde regional gesperrt, auch die mobile Telekommunikation wurde unterbrochen. Aufgrund der schwerwiegenden Ereignisse war Präsident Hu Jintao gezwungen, vorzeitig vom G8 Gipfel in Italien zurückkehren.

Im Gegensatz zu den Unruhen in Tibet im vergangenen Jahr gab die Regierung frühzeitig die Zahlen der Opfer bekannt und gewährte sowohl chinesischen als auch ausländischen Journalisten Zugang in die Region. Bei Bekanntgabe und Aktualisierung der Opferzahlen wurde zunächst keine Unterscheidung hinsichtlich der ethnischen Zugehörigkeit gemacht, wohl auch um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Am 10. Juli wurde den Familien von Opfern Entschädigungen von bis zu 200.000 RMB (20.400 €) zugesagt. Am 11. Juli gab die Regierung dann bekannt, dass mindestens 137 Han-Chinesen und 46 Uiguren unter den Opfern waren. Am 18. Juli erklärte Nur Bekri, Gouverneur der Provinz Xinjiang, dass Spezialeinheiten bei der Auflösung der Unruhen 12 Randalierer erschossen hätten.

Abweichende Darstellungen

Schon in den ersten Presseerklärungen schrieb die chinesische Regierung die Unruhen uigurischen Exilorganisationen zu. Die Taten seien als gezielte terroristische Sabotageakte zu verstehen, die aus dem Ausland initiiert wurden und gegen die Einheit Chinas gerichtet seien. Die Unruhen seien „angefacht worden durch die Worte eines destruktiven Drahtziehers“, nur so seien derartige Vorfälle in dem ansonsten friedlichen Xinjiang möglich gewesen. Als Hauptverantwortliche wurde die in den USA lebende Rebiya Kadeer genannt, der auch die Terrorakte im Vorfeld der Olympischen Spiele zugeschrieben wurden. Sie ist u.a. die Vorsitzende des Uigurischen Weltkongresses in München, der für die Unabhängigkeit Xinjiangs unter dem Namen Ostturkestan eintritt. In Telefonaten mit Angehörigen in China und über Nachrichten in

Online-Medien wie QQ und Twitter soll Kadeer in Zusammenarbeit mit separatistischen Gruppierungen verbreitet haben, dass „man mutiger sein müsse“ und „etwas geschehen solle.“ Unter Berufung darauf wurde auch die vollständige Sperrung des Internet und der mobilen Kommunikation begründet, die bis Ende Juli aufrechterhalten wurde.

Laut Pressemitteilungen der chinesischen Regierung vom 19. Juli weist eine Reihe von Indizien darauf hin, dass die Ausschreitungen von langer Hand geplant waren. Hilferufe an die Polizei seien von über 50 Orten gleichzeitig eingegangen, auch sei u.a. in den Tagen zuvor der Verkauf von Messern in die Höhe geschneit und die „Professionalität“, mit der Busse und Autos angezündet und Blockaden errichtet wurden, ließe auf eine gezielte Vorgehensweise schließen. Zudem hätten die Randalierer gezielt Regierungsgebäude angegriffen, was bei anderen Ausschreitungen nicht vorkomme.

In den öffentlichen Medien wurde über die Schicksale der han-chinesischen Opfer berichtet, in Interviews verdammt Uiguren die Taten gewaltbereiter Angehöriger ihrer ethnischen Gruppe. Über die darauf folgenden Vergeltungsmaßnahmen von Han-Chinesen wurden hingegen kaum Informationen bekannt, es wurde lediglich mitgeteilt, dass Sicherheitskräfte die uigurischen Anwohner vor Übergriffen schützen konnten.

Uigurische Sprecher im Ausland betonten dagegen, dass die Demonstrationen zunächst friedlich verlaufen seien, bis Sicherheitskräfte das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten eröffnet hätten. Dabei soll es hunderte von uigurischen Toten gegeben haben. Diese Aussagen konnten allerdings von Augenzeugen und vor Ort befindlichen Journalisten nicht bestätigt werden. Rebiya Kadeer stritt jegliche Art von Einflussnahme auf den Ausbruch der Unruhen ab. Als Grund für das schnelle Entfachen ethnischer Gewalt machen Exilorganisationen und auch befragte Uiguren allein die repressive Minderheitenpolitik der chinesischen Regierung verantwortlich. Auch wenn Übergriffe gegen Unschuldige nicht zu rechtfertigen seien, so sei doch die schwelende Unzufriedenheit der muslimischen Bevölkerung aufgrund der ökonomischen und sozialen Diskriminierung und religiöser Beschränkungen von Seiten der Regierung dieser selbst zuzuschreiben. Die Zahl der uigurischen Opfer sei verfälscht, des Weiteren seien Opfer der Vergeltungsmaßnahmen von Han-Chinesen nicht berücksichtigt worden. Dabei sollen die Sicherheitskräfte nach Aussagen von Opfern unter dem Ansturm von Tausenden nicht nur versagt, sondern z.T. den Randalierern Zutritt zu uigurischen Wohngebieten gewährt haben.

Augenzeugen berichteten, dass die Demonstration zunächst friedlich begann. Ein in Urumuqi lebender Amerikaner sagte aus, dass der Ausbruch der Gewalt ungeplant und willkürlich geschah. Sicherheitsbehörden hatten zwar nach eigenen Aussagen schon nachts um 1.00 Uhr erhöhten Nachrichtenverkehr im Internet und auf Mobiltelefonen festgestellt und eine Demonstration erwartet, doch in einer Fehleinschätzung der Lage waren wohl keine Übergriffe auf Zivilisten vorausgesehen worden. Während Regierungs- und kommerzielle Gebäude scheinbar frühzeitig gesichert worden waren, da diese in den letzten Jahren während Unruhen oft das erste Ziel waren, kritisierten betroffene Han-Chinesen, dass der Einsatz der Sicherheitskräfte unzureichend geplant war. In den ersten vier bis sechs Stunden der Gewalttätigkeiten erhielten Opfer in Wohngebieten kaum polizeilichen Schutz. Nach Eintreffen sollen die chinesischen Sicherheitsbeamten allerdings sowohl während der Ereignisse als auch in den darauf folgenden angespannten Tagen die Situation umsichtig und in kritischen Momenten sicher gehandhabt haben.

Nach den Unruhen

In den vergangenen Wochen wurden nach Angaben der Regierung etwa 1.600 Uiguren festgenommen. Anwohner uigurischer Stadtteile berichteten jedoch, dass ein Großteil der männlichen Familienangehörigen verhaftet worden sei. Bei einer Führung westlicher Journalisten demonstrierten uigurische Frauen und baten um die faire Behandlung und Freilassung ihrer Männer. Lokale Uigurische Sprecher bezifferten die Anzahl der Verhaftungen mit ca. 4.000, in einem Statement sprach Rebiya Kadeer sogar von um die 10.000 Personen. Am 3. August

gab das Volksgericht Urumuqi bekannt, dass die ersten Fälle vor Gericht verhandelt wurden. Es ist noch nicht bekannt, welches Strafmaß die 83 Personen erhalten werden, allerdings kündigte die chinesische Regierung mehrfach an, dass nachweisliche Unruhestifter der Todesstrafe zugeführt und in der nahen Zukunft mit „eiserner Hand“ gegen Terrorismus und Separatismus vorgegangen werden soll.

Neben Verhaftungen vor Ort weist auch das Verschwinden des uigurischen Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Ilhalm Tohti aus Peking und die Schließung von dessen Website www.uighurbiz.cn darauf hin, dass Kritiker der chinesischen Minderheitenpolitik als Verantwortliche gesehen werden. Schon einen Tag nach den Unruhen sagte Nur Bekri, dass die Seite dem Ausbruch der Unruhen „durch Verbreitung von Gerüchten“ Vorschub geleistet habe. Nach Aussage von Prof. Tohti, der auf seiner Seite immer wieder Missstände in der Provinz Xinjiang diskutierte, stellte seine Website hingegen eine Plattform für Verständigung und Austausch zwischen Han-Chinesen und Uiguren dar. Am 7. Juli sagte er in einem Telefongespräch, dass er von der Polizei observiert werde und dies vermutlich die letzte Möglichkeit zur Kontaktaufnahme sei. Sein Verbleib ist seitdem ungeklärt. Über 300 chinesische Intellektuelle haben bisher eine von dem Schriftsteller Wang Lixiong initiierte Petition für dessen Freilassung unterzeichnet.

Um die Ausbreitung von Unruhen auf weitere Städte einzudämmen, wurde der direkte Zugang zu mehreren Städten und Gebieten gesperrt, u.a. Kashgar und Kucha. Uiguren dürfen erst nach strengen Kontrollen weiterreisen. Die Zahl der bewaffneten Sicherheitskräfte in der Region soll bis zu den Nationalfeiertagen zum 60. Jahrestag der VR China am 1. Oktober auf 130.000 angehoben werden. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht nun Kashgar. Denn dort soll in einer Modernisierungswelle bis zu Beginn des nächsten Jahres 85% der historischen Altstadt abgerissen und neu bebaut werden. Als Grund hierfür nennt die Regierung den schlechten Zustand der oft schon hunderte Jahre alten Gebäude und die mangelnde Sicherheit im Falle eines Erdbebens. Zudem werde der Lebensstandard der Bevölkerung so erheblich verbessert. Doch ansässige Uiguren sehen in den auferlegten Umsiedlungen und der zentralen Bauplanung den systematischen „Abriss“ ihrer Kultur. Die wabenartig gewachsene Innenstadt mit ihren kleinen Gassen werde nicht als historisches Erbe, sondern als Nest für Unruhestifter gesehen und die Anliegen der Bevölkerung dementsprechend behandelt. Darüber hinaus glauben die meisten Uiguren, dass sie wirtschaftlich nicht in der Lage sein werden, sich die Neubauwohnungen zu leisten. Seit Ende Juli werden ausländische Journalisten aus Kashgar ausgewiesen.

Sowohl in der chinesischen Presse als auch vor Ort wird mit positiver Propaganda versucht, Uiguren und Han-Chinesen auszusöhnen und ein weiteres Auseinanderdriften zu verhindern. In Beiträgen, aber auch aus Lautsprechern auf Plätzen und Fahrzeugen wird die Nachricht verbreitet, dass alle Minderheiten im Land „wie Brüder und Schwestern sind“ und alles getan werden muss, um einer Zerstörung des friedlichen Zusammenlebens in einer harmonischen Gesellschaft durch äußere Einflüsse entgegenzuwirken. Propagandateams sollen auf Grassroot-Ebene in Dörfern und Gemeinden für Verständnis werben. Ob diese Maßnahmen Wirkung zeigen werden, ist jedoch fraglich. Die späte Bekanntgabe der ethnischen Zugehörigkeit der Opfer ist nur ein Grund für den generellen Argwohn gegenüber den veröffentlichten Zahlen. Der Stopp des Informationsflusses durch Internet und Mobiltelefone, der eine schnelle Ausbreitung von Gerüchten unterbinden sollte, wird als Indiz dafür gesehen, dass die Regierung versucht, die „wahren“ Zahlen zu vertuschen und die Lage schönzureden. Aufgrund einer langen Reihe von Vertuschungsfällen vor allem auf lokalen Regierungsebenen wird die Glaubwürdigkeit von Informationen generell in Frage gestellt. Auch wenn Augenzeugen anderes berichten, kursieren in Urumuqi auf beide Seiten Gerüchte über Tausende von Todesfällen, wodurch das gegenseitige Misstrauen weiter geschürt wird.

Nach 20 Tagen Funkstille erhalten Anwohner in Urumuqi nun wieder SMS, allerdings nur vom Informationszentrum der Lokalregierung mit Wetterbericht, aktuellen Nachrichten und Auffor-

derungen, „den Gerüchten keinen Glauben zu schenken“. Das private Versenden von SMS und Anrufe ins Ausland sind nicht möglich. Mobilnetz und Internet sollen zwar „allmählich wieder geöffnet werden“, allerdings ist auch den entsprechenden Behörden noch kein Datum mitgeteilt worden. Es wird davon ausgegangen, dass sämtliche Kommunikationsmedien bis nach den Nationalfeierlichkeiten im Oktober starken Einschränkungen unterliegen werden. Verbraucher sollen für entfallene Dienstleistungen entschädigt werden. Seit dem 28. Juli sind Online-Banking, Börseninformationen und anderen wirtschaftlich relevante Seiten wieder allgemein verfügbar, der Zugang zu E-Mail und Internetforen bleibt dagegen weiter gesperrt. Micro-Blogging Dienste wie Twitter und ähnliche chinesische Anbieter, aber auch Social-Networking Seiten wie Facebook wurden landesweit blockiert oder offline genommen, wodurch mehrere Start-Up Unternehmen nun vor dem Aus stehen.

Die wirtschaftlichen Schäden sind immens. Nicht nur die durch die Unruhen hinterlassenen Sachschäden müssen ausgeglichen werden, viele der zugezogenen han-chinesischen Unternehmer ziehen in Erwägung abzuwandern. Auch Uiguren fürchten sich, ihre Stadtteile zu verlassen, um Geschäften nachzugehen. Hinzu kommen starke Einbußen im Tourismus, der einen wichtigen wirtschaftlichen Sektor in Xinjiang darstellt und in den vergangenen Wochen fast zum Erliegen kam. Auch von den Kommunikationssperren sind nicht nur Betreiber von Internetcafes betroffen, viele Betriebe stehen vor großen logistischen Schwierigkeiten, trotz leichter Lockerungen für ausgewiesene Betriebe und Institutionen.

Chinas Minderheitenpolitik in Xinjiang

Je nach Darstellung der chinesischen Regierung oder des Uigurischen Weltkongresses ist Xinjiang entweder ein harmonisches Paradies ethnischer Vielfalt, dass stark von dem wirtschaftlichen Wachstum des Landes profitiert oder – laut Aussage von Rebiya Kadeer - ein „Konzentrationslager“, in dem muslimische Uiguren gezielt unterdrückt und verfolgt werden.

Die chinesische Regierung betont vor allem die finanzielle Unterstützung, die die Region von der Zentralregierung erhält und verweist auf den daraus resultierenden wirtschaftlichen Aufschwung. Betont werden besonders Fördermaßnahmen, die Uiguren als Angehörige einer chinesischen Minderheit genießen. So sind sie z.B. von der Ein-Kind-Politik ausgenommen, auch bei schulischen Aufnahmeprüfungen werden zusätzliche Punkte gewährt. Eine Auflehnung gegen die gewährte Teilhabe am Fortschritt des Landes wird als undankbar und rückständig interpretiert. Gleichzeitig treffen zuvor genannte Formen positiver Diskriminierung bei Han-Chinesen oft auf Ablehnung.

Uiguren dagegen klagen, dass die in die Region geflossenen Gelder vor allem dem Ausbau der Infrastruktur dienen, um den Abbau und Handel mit den dort befindlichen Rohstoffen zu erleichtern. Von den Projektausreibungen und dem wachsenden Arbeitsmarkt hätten jedoch vor allem etablierte Firmen und han-chinesische Migranten profitiert, da sich Uiguren aufgrund sprachlicher Unterschiede und weit verbreiteter Vorurteile selten gegen ihre Mitbewerber durchsetzen können. Selbst uigurische Hochschulabsolventen haben schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

So bleibt den meisten nur das landwirtschaftliche Gewerbe in einem der ärmsten Gebiete Chinas. Ertragreicher als der Anbau von Nahrungsmitteln ist die Kultivierung von Baumwolle in Chinas Hauptanbauggebiet. Der größte Produzent ist die Xinjiang Production and Construction Corps (XPCC), eine einzigartige Mischung aus Staatsbetrieb und administrativ-militärischer Regierungsorganisation, die entstand, als sich Ende der fünfziger Jahre ca. 200.000 han-chinesische ehemalige Soldaten in der Region ansiedelten. Die XPCC agiert relativ unabhängig von der Provinzregierung und ist in den von ihr verwalteten administrativen Zonen auch verantwortlich für soziale Sicherung und Bildung. Sie wird von der Zentralregierung als eine treibende Kraft in der Entwicklung und Modernisierung der Region gesehen. Gleichzeitig hat sie Monopolstellung in einer Reihe wirtschaftlicher Bereiche und wird auch deswegen von vielen Uiguren als Instrument der Regierung zur gezielten Besiedlung von und ökonomischen

Herrschaft über die Provinz Xinjiang wahrgenommen. So wurde beispielsweise immer wieder berichtet, dass uigurische Bauern gezwungen wurden, ihre Wolle zu einem festgesetzten niedrigen Preis zu verkaufen, was den Ausbruch aus der Armutsspirale erschwert. Auch steuerliche Sonderregelungen für Gebiete mit besonderer Armut, die in anderen Regionen Chinas schon lange gelten, sind in Teilen Xinjians noch nicht umgesetzt worden.

In Hinblick auf die hohe Armut wurden Lokalregierungen dazu angehalten, Uiguren aus ländlichen Regionen den Einstieg in den städtischen Arbeitsmarkt in anderen Teilen des Landes zu erleichtern, damit junge Uiguren nicht nur durch Arbeit in der Gastronomie ihre Familien mit Rücküberweisungen unterstützen können. Doch die Zwanghaftigkeit, mit der ökonomische und sozialpolitische Zielsetzungen oft verfolgt werden, um der Zentralregierung entsprechende Ergebnisse vorweisen zu können, wendet sich vielfach gegen die ursprünglichen Absichten. So berichteten junge Uiguren, dass ihren Familien mit Bußgeldern in Höhe von bis zu zwei Jahreseinkommen gedroht worden war, wenn sich in ihren Familien keine „Freiwilligen“ fanden. Zudem ist die Beschäftigung junger Uiguren für viele Betriebe nur bei geringen Lohnkosten interessant. Die daraus resultierende Disparität der Einkommen verstärkt selbst bei tatsächlichen Freiwilligen das Gefühl der ökonomischen Diskriminierung.

Seit Ende Mai war im Vorfeld des 60. Jahrestages in der chinesischen Presse verstärkt über den wirtschaftlichen Aufschwung in Xinjiang, die allgemein positive Stimmung und die Erfolge im Kampf gegen Terrorismus und Separatismus berichtet worden. Auch die in der Verfassung festgeschriebene Religionsfreiheit und deren Umsetzung in muslimischen Gebieten wurden gelobt. Gleichzeitig wurde jedoch bekannt, dass muslimische Uiguren seit Beginn des Jahres unter verstärkter polizeilicher Überwachung standen. Privatpersonen berichteten davon, dass sie nach Zusammenkünften bei Familienangehörigen oder dem Besuch der Moschee festgehalten und Befragungen unterzogen worden waren. Diese präventiven Maßnahmen scheinen die Lage letztendlich jedoch eher verschärft zu haben.

Gegen die langfristigen Folgen einer trotz positiver Intentionen oft als Kolonialisierung empfundenen Minderheitenpolitik in Xinjiang, wo der Anteil der uigurischen Bevölkerung mit ca. 60% sehr hoch ist, wurde in dem vergangenen Jahrzehnt wiederholt gewarnt. Doch Wang Lequan, Sekretär des Parteikomitees des Autonomen Gebiets Xinjiang und Mitglied des Politbüros, der als höchster Berater der Regierung in Minderheitenfragen gilt, hat in den vergangenen 14 Jahren seiner Amtsausübung gezeigt, dass er von dem eingeschlagenen Kurs überzeugt ist.

Berichte in den chinesischen Medien unter Überschriften wie „Sechs Lügen von sogenannten Menschenrechtlern“ und „Die Schuld für die Unruhen in Urumuqi kann nicht den politischen Strategien zugewiesen werden“ zeigen, dass zumindest offiziell keine Auseinandersetzung mit grundlegenden Problemen in der Region stattfindet. Laut Wu Shimin, Vizevorsitzender der Staatlichen Kommission für ethnische Angelegenheiten, sollten die politischen Maßnahmen allerdings weiter verbessert werden.

Die Erklärung, dass Rebiya Kadeer und ihre Mitstreiter allein über das Internet aus dem Ausland einen solchen Sturm in einer ansonsten zufriedenen und harmonischen Gesellschaft in Xinjiang auslösen konnten, bleibt dennoch eindeutig unzureichend.

Medien

Als Rebiya Kadeer in einer Pressekonferenz ein von Reuters falsch ausgezeichnetes Foto von vorangegangenen massiven Unruhen in einem anderen Teil des Landes verwendete, um das Ausmaß der Vorfälle zu dokumentieren, wurde dies als bewusste Manipulation von ihrer Seite dargestellt, ihre öffentliche Entschuldigung wurde in der chinesischen Presse nicht erwähnt. Dies gilt auch für die von Reuters veröffentlichte Stellungnahme und Korrekturen der betroffenen Presseorgane. Der Fall wurde als prominentestes Beispiel einer absichtlichen Anschwärzung Chinas in der westlichen Presse gesehen.

Obwohl die Reaktionen und die Berichterstattung in der westlichen Presse weitaus positiver ausfielen als bei den Unruhen in Tibet im vergangenen Jahr war und Journalisten das Bemühen der chinesischen Regierung um Transparenz generell als positiv bewerteten, wurde die Art und Weise der Berichterstattung in den westlichen Medien, wie auch im vergangenen Jahr im Fall der Unruhen in Tibet, als voreingenommen wahrgenommen. Der ausländischen Presse wurde bewusste Verdrehung von Fakten und die Rechtfertigung von Gewalt gegen Unschuldige vorgeworfen. Dies lag vor allem an den häufigen Hinweisen auf die umstrittene Minderheitenpolitik, aber auch an der Plattform, die Rebiya Kadeer und uigurischen Exilorganisationen gegeben wurde. Auslöser war eine im Wall Street Journal erschienene und von ihr persönlich verfasste Stellungnahme zur „wahren Situation der Uiguren“.

Stark kritisiert wurden Bildunterschriften von Artikeln in der New York Times, bei denen von AP und Getty mit klaren Beschreibungen versehene Bilder umetikettiert worden waren, um vermeintliche Konflikte zwischen Sicherheitskräften und Zivilisten zu belegen. Betreiber der im vergangenen Jahr gegründeten Website Anti-CNN, welche die westliche Berichterstattung über China unter die Lupe nimmt, prangerten hier zu Recht mangelnde Berufsethik an.

Außenpolitische Implikationen

Weitreichende Folgen hatten die Vorfälle auch auf internationaler Ebene. So sprach sich z.B. der türkische Premierminister Erdogan öffentlich gegen den „Genozid“ in Xinjiang aus. Andere islamische Staaten kritisierten zwar Chinas Vorgehensweise, hielten sich in ihren Aussagen aber eher gedeckt, was den wachsenden wirtschaftlichen Verbindungen mit diesen Ländern zugesprochen wird. Doch nicht nur muslimische Bürger weltweit riefen zu mehr Solidarität mit der uigurischen Minderheit in China auf. Ein schwerer Schlag für China waren Drohungen der Terrororganisation Al-Qaida, die Vergeltungsaktionen gegen in muslimischen Ländern lebende Chinesen ankündigte. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bestritt die erhobenen Vorwürfe gegen das Vorgehen in Xinjiang und rief zu Verständnis auf. "Wir hoffen, dass unsere muslimischen Brüder die Wahrheit über die Vorfälle des 5. Juli erkennen können."

Trotz der Tatsache, dass Chinas erklärter Gegner Rebiya Kadeer und einige uigurische Initiativen in den USA beheimatet sind, appelliert man in der Interaktion mit den Vereinigten Staaten an die Solidarität im gemeinsamen Vorgehen gegen den Terror. Zudem werden wirtschaftliche und umweltpolitische Aspekte in den Vordergrund gestellt. Während der zweitägigen Gesprächen am 27. und 28. Juli in Washington lobte Vize Premierminister Wang Qishan die „moderate Haltung“, die die USA in Bezug auf die Vorfälle gezeigt habe.

Anders gestalten sich die chinesisch-australischen Beziehungen. Der Veranstalter des größten australischen Filmfestivals erhielt einen Anruf von einer Mitarbeiterin der chinesischen Botschaft, die ihn bedrängte, eine Dokumentation über das Leben von Rebiya Kadeer aus dem Programm zu nehmen. Die chinesische Regierung, die sich selbst strikt gegen „versuchte Einmischung in interne Angelegenheiten“ verwehrt, sorgte mit dieser Vorgehensweise international für Negativschlagzeilen. Rebiya Kadeer wurde darüber hinaus eingeladen, persönlich beim Festival zu sprechen und beabsichtigt, dieses Forum zu nutzen. Es wird erwartet, dass sich die ohnehin wegen der Rio Tinto Spionage Affäre zugespitzte diplomatische Lage zwischen China und Australien durch Differenzen bezüglich der zugesagten Einreiseerlaubnis weiter verschlechtern wird. Drei chinesische Regisseure haben ihre Filme zurückgezogen und die Website des Filmfestivals wurde von chinesischen Hackern angegriffen.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: KATJA DRINHAUSEN (GEZ. ULLA BEKEL)
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 5.8.2009